



CDU-Fraktion im Rat
der Stadt Wuppertal



SPD-Fraktion im
Rat der Stadt Wuppertal

*Herrn Oberbürgermeister
Peter Jung*

Gemeinsamer Antrag

Datum 07.05.2008

Drucks. Nr. VO/0435/08
öffentlich

Zur Sitzung am	Gremium
03.06.2008	Schulausschuss
10.06.2008	Jugendhilfeausschuss
23.06.2008	Rat der Stadt Wuppertal

Informationskampagne für Erstwählerinnen und -wähler Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 07.05.2008

Beschlussvorschlag

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von CDU und SPD beantragen, der Rat der Stadt Wuppertal möge beschließen:

- Zur Kommunalwahl 2009 entwickeln die Fachstellen (Presseamt, Wahlbehörde, Ressort 208, SB 206) der Stadtverwaltung Wuppertal gemeinsam mit dem Jugendring Wuppertal, den Bezirksjugendräten, Vertretern des Schülerparlaments sowie Lehrern eine Informationskampagne für Erstwählerinnen und Erstwähler.
- Im Zuge der Entwicklung ist abzuklären, ob die bisherigen Aktivitäten des Jugendrings Wuppertal, der ja bereits zu zurückliegenden Kommunalwahlen Informationen und Aktionen für Erstwähler entwickelt und umgesetzt hat, und des Rings Politischer Jugend diese breiter angelegte Informationskampagne ergänzen oder in sie integriert werden sollen. Auch ist zu prüfen, ob eine Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung NRW möglich ist.
- Die Kampagne liefert Antworten auf Fragen wie „Wer und was wird gewählt?“, „Wer darf wählen?“, „Wie wird gewählt?“ und „Warum soll ich wählen gehen?“. Informationen zur Funktion und Arbeit des Stadtrats und seiner Ausschüsse, des Oberbürgermeisters, der Bezirksvertretungen, der Fraktionen sowie zu Handlungsmöglichkeiten und Entscheidungskompetenz von Kommunalpolitik sind ebenfalls Bestandteil.

- Diskussionsveranstaltungen mit Kommunalpolitikerinnen und -politikern und andere Vor-Ort-Aktionen ergänzen die Sachinformationen.
- Das Internet spielt als Informations- und Kommunikationsplattform eine entscheidende Rolle. Die dort zur Verfügung gestellten Informationen werden so aufbereitet, dass sie auch als Download zur Verfügung stehen und z. B. im Politikunterricht in den Schulen eingesetzt werden können. Plakate, Flugblätter und anderes gedrucktes Informationsmaterial ergänzen den Internetauftritt.
- Durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit werden Jugendliche in Schulen und Jugendeinrichtungen ebenso wie Lehrerinnen und Lehrer und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendeinrichtungen auf die Kampagne aufmerksam gemacht.
- Die Informationen werden so präsentiert, dass Sprache und Aufmachung der Zielgruppe Jugendliche und junge Erwachsene entsprechen. Das Einbeziehen von Jugendlichen in die Erarbeitung soll dieses sicherstellen.
- Der Jugendhilfe- und der Schulausschuss werden Anfang 2009 über die Kampagne informiert.

Begründung

Zu einem möglichen Kommunalwahltermin Anfang Juni 2009 werden ca. 17.000 Erstwählerinnen und Erstwähler in Wuppertal zur Wahl aufgerufen sein. Mehr als 3.000 von ihnen werden zwischen 16 bzw. 17 Jahre alt sein.

Bei der NRW-Kommunalwahl 1999 lag die Wahlbeteiligung bei den Erstwählerinnen und -wählern nur bei 47 Prozent, bei allen Wählern hingegen bei 54 Prozent. Zur Kommunalwahl 2004 gab es zahlreiche Initiativen, um die Jugendlichen zu einer Wahlbeteiligung zu motivieren: in Wuppertal veranstaltete der Jugendring Informationstermine für Erstwählerinnen und -wähler, auf Landesebene gab es die Informationskampagne „wahlkommunal“ der Landeszentrale für politische Bildung NRW und die Internet-Kampagne der Jugendverbände und Jugendringe NRW „Ich geh hin. Und DU?“. Die Stadt Neuss informierte Jugendliche mit der Broschüre „Ich entscheide mit!“, in Dortmund sollte die „Pottwahl“ Jugendliche an die Urnen locken.

Wie die 15. Shell-Jugendstudie 2006 zeigt, ist das Interesse an Politik bei Jugendlichen trotz eines leichten Anstieges im Vergleich zur letzten Shell Jugendstudie (2002) weiterhin niedrig ausgeprägt. Die für Jugendliche im Alter von 15 und 24 Jahren vorliegende Zeitreihe belegt, dass der Anteil der politisch Interessierten von 55 % im Jahre 1984 bzw. 57 % im Jahr 1991 auf inzwischen 39 % gesunken ist. Bei der letzten Shell Jugendstudie wurde mit 34 % für das Jahr 2002 sogar ein noch niedrigerer Wert festgestellt. Es sei jedoch verfrüht, so die Autoren der 15. Studie, dieses bereits als Beleg für eine Trendwende zu interpretieren.

Politik, Schule, Jugendarbeit und Verwaltung sind daher aufgefordert, eine Annäherung zwischen jugendlichen Wählenden und Zu-Wählenden zu ermöglichen, mit dem Ziel, Jugendliche zur echten Teilhabe an politischen Prozessen zu befähigen. Demokratie ohne eine breite Legitimation durch alle Teile der Bevölkerung wird auf Dauer beschädigt oder gefährdet.

Mit freundlichen Grüßen
gez.
Bernhard Simon
Vorsitzender der CDU-Fraktion

Klaus Jürgen Reese
Vorsitzender der SPD-Fraktion